

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS †

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN · Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Jahrgang, Nummer 5

- Postversandort Bonn -

Bonn, im Mai 1955

I N H A L T

"CHRIST UND VATERLAND"

UNSERE JAHRESTAGUNG 1955 IN WORMS

GRUSSWORT DES BUNDESKANZLERS	S. 1
IM GEISTE VON HERMANN EHLERS - TAGUNGSBERICHT	S. 2
GESAMTENTSCHLIESSUNG	S. 10
BERICHT ÜBER DIE 2. ARBEITSGRUPPE	S. 11
ENTSCHLIESSUNG ZUR FRAGE DER VERTEIDIGUNGSPFLICHT	S. 14
AUS PRESSEKOMMENTAREN	S. 14
AUS DEM BRIEF EINER TAGUNGSTEILNEHMERIN	S. 16
SCHIFF IM FREIEN MEER	
GEDANKEN ZUR SOUVERÄNITÄTSERKLÄRUNG VOM 5. MAI	S. 17

"CHRIST UND VATERLAND"

Unsere Jahrestagung 1955 in Worms

GRUSSWORT DES BUNDESKANZLERS

Die diesjährige Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet zu einem weltpolitisch besonders bedeutsamen Zeitpunkt statt. Die Bundesrepublik Deutschland hat durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge ihre Souveränität erhalten und wird mit ihrer Aufnahme in die NATO gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft der freien Völker. Daß zehn Jahre nach dem katastrophalen Zu-

sammenbruch Deutschlands ein so entscheidender Abschnitt in der Geschichte unseres Volkes erreicht werden konnte, ist zu einem wesentlichen Teil ein Erfolg der CDU/CSU. Sie hat, insbesondere nach Errichtung der Bundesrepublik, die Hauptlast und Hauptverantwortung für die bisherige Politik getragen. Ich bin überzeugt, daß es auch gelingen wird, das vornehmste Ziel unserer Politik, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit, und die Sicherung des Friedens in der Welt gemeinsam mit unseren mächtigen Freunden in der freien Welt zu erreichen.

Im Innern wird es in Zukunft noch mehr als bisher darum gehen, unser wieder frei und unabhängig gewordenes Vaterland mit neuem staatsbürgerlichen Geist zu durchdringen. Ich begrüße es daher, daß der Evangelische Arbeitskreis auf seiner Tagung in Worms das Thema "Christ und Vaterland" in den Mittelpunkt gestellt hat. Es ist unsere feste Überzeugung, daß alles staatliche Leben wie das Leben des einzelnen Menschen auf der Grundlage des Christentums stehen muß. Aus dieser Überzeugung haben sich vor zehn Jahren Christen beider Konfessionen in der CDU/CSU zusammengeschlossen - und immer aufs neue hat sich seitdem bestätigt, wie notwendig und wie wirksam trotz aller Verschiedenheiten und mancher Spannungen diese Zusammenarbeit ist. Heute wie damals gilt es, einen unerschütterlichen Wall geistiger, seelischer und religiöser Kraft aufzurichten gegen Vermassung und Materialismus, die ihren bedrohlichsten und verhängnisvollsten Ausdruck im Bolschewismus gefunden haben.

Ich wünsche den Verhandlungen des Evangelischen Arbeitskreises in Worms, an denen ich zu meinem großen Bedauern und entgegen meiner Absicht infolge der Pariser Konferenzen nicht teilnehmen kann, von ganzem Herzen einen guten Verlauf und fruchtbare Ergebnisse für unsere weitere gemeinsame Arbeit in der CDU/CSU zum Wohle unseres deutschen Volkes.

gez. A d e n a u e r

IM GEISTE VON HERMANN EHLERS

Tagungsbericht

von Friedrich Carl Badendieck

Die 4. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 6. - 8. Mai in Worms stand im Zeichen einer lebendigen und fruchtbaren Weiterentwicklung seiner Tätigkeit. Dies kam nicht nur in der großen Zahl der Teilnehmer - rund 400 aus allen Ländern der Bundesrepublik und Berlin sowie etwa 150 aus Worms und Umgebung - zum Ausdruck, sondern auch in der lebhaften Diskussion in allen Arbeitsgruppen, die mit

großer Freiheit geführt wurde, aber trotzdem keine Ziellosigkeit, vielmehr Übereinstimmung in allen entscheidenden Fragen erkennen ließ.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hatte sich für diese Tagung das Thema "Christ und Vaterland" als ausgesprochene Fragestellung gewählt. Er war bemüht, das Verhältnis des evangelischen Christen zum Begriff des Vaterlandes zu klären und alle damit zusammenhängenden Fragen aus der Sicht evangelisch-christlicher Verpflichtung, und zwar in erster Linie um der jungen Generation willen, zu beantworten. Dabei wurden die Frage der Verteidigungsbereitschaft als Auswirkung demokratischer Verpflichtung und - wie bei allen bisherigen Tagungen - der Auftrag für Gesamtdeutschland miteinbezogen.

Auf der Heidelberger Tagung der Evangelischen Studentengemeinde im vorigen Jahre war ein Alarmruf laut geworden: Es gab dort Stimmen, die erklärten, mit dem Begriff "Vaterland" nichts mehr anfangen zu können. Sie kamen zum Teil aus der trotzigen Enttäuschung derer, für die der Nationalsozialismus die herkömmlichen politischen Orientierungsbegriffe - Reich, Nation, Vaterland usw. - ihres verpflichtenden Inhalts beraubt hatte.

In Worms ging es entscheidend darum, diese Begriffe auf ihre heutige Tragfähigkeit zu untersuchen. Es gibt politische Kreise, die die Notwendigkeit eines echten Staatsgefühls gegenüber der Bundesrepublik mit der These bestreiten, daß Deutschland mehr sei als die Bundesrepublik. Hingabe und sittlich verpflichtete Mitarbeit sind jedoch gerade deshalb erforderlich, weil die Wiedervereinigung noch vor uns liegt und ohne diese tätige Verpflichtung nicht möglich ist. Ohne ein positives Verständnis der Deutschen zu ihrem heutigen Staat, im besonderen auch seitens der jungen Generation, kann diese Aufgabe nicht gelöst werden. So wurde um die geistige und ethische Begründung des Vaterlandsbegriffes aus der neuen Situation von Volk und Staat heraus in Worms ernsthaft gerungen. Man spürte auf dieser ersten Tagung ohne Hermann Ehlers, wie lebendig das Vermächtnis dieses großen christlichen Politikers ist, der den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU gegründet hat und sein steter geistiger Initiator war.

Vor Beginn der Tagung stellte der Vorsitzende des Arbeitskreises, Bundesminister Dr. Tillmanns, auf einer Pressekonferenz noch einmal eindeutig fest, daß der Arbeitskreis nicht etwa eine evangelische Separation innerhalb der Union bedeute, sondern sich im Gegenteil erfolgreich bemüht habe, die politische Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen in der CDU/CSU aus vertiefter christlicher Verantwortung heraus immer enger zu gestalten. Für die Evangelischen gelte es darüber hinaus, einen gewissen Vorsprung einzuholen, den ihre katholischen Freunde durch eine jahrzehntelange Formung und Erprobung ihrer politischen Kräfte für sich in Anspruch nehmen könnten. Hauptaufgabe des Arbeitskreises aber sei, klärend auf die inneren Gegensätze im evangelischen

Raum hinzuwirken.

Die Tagung selbst wurde am Freitagabend (6. Mai) mit einer eindrucksvollen F e i e r s t u n d e zum Gedächtnis von D. Dr. Hermann Ehlers eröffnet. Bundesminister Dr. Tillmanns erinnerte daran, daß der Kreis, der hier zusammengetreten sei, von Hermann Ehlers geprägt worden und ihm in besonderem Maße politische Heimat gewesen sei: "Wir wissen uns verbunden in Dank vor Gott für alles, was Er Deutschland durch Hermann Ehlers geschenkt hat."

Ein Film, zusammengestellt aus Wochenschauaufnahmen, ließ noch einmal bedeutsame Abschnitte aus Leben und Wirken des verstorbenen Bundestagspräsidenten lebendig werden. Auszüge aus einigen seiner wegweisenden großen Reden, verlesen von seinem langjährigen Mitarbeiter und Freund Friedrich Schramm, führten dem Kreis der Zuhörer Zielsetzung und Vermächtnis von Hermann Ehlers deutlich vor Augen.

Oberkirchenrat Cillien zeichnete in seinen Gedenkworten ein Lebensbild des Verstorbenen. Er erinnerte daran, wie Hermann Ehlers sich bei aller Vitalität stets der Vergänglichkeit des Irdischen bewußt war aus Ehrfurcht vor dem letzten Ziel des Lebens. Hier habe dieser Mann, der im Chaos des Zusammenbruchs aufgestanden sei und mit beispielloser Sauberkeit des Willens und der Tat zugepackt habe, die tiefste und entscheidende Begründung auch des politischen Handelns gefunden. In ihm hätten sich realpolitischer Sinn und Verpflichtung gegenüber dem Ewigen in seltener Weise vereinigt. Unser Auftrag sei es, zu vollenden, was ihm nicht mehr vergönnt war: das christliche Abendland als unser aller Verantwortung.

Zu Beginn der e r s t e n P l e n a r v e r s a m m l u n g konnte Bundesminister Dr. Tillmanns zahlreiche führende Parteifreunde begrüßen, unter ihnen den Präsidenten des Bundesrates und Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Altmeier, den Bundesminister des Innern, Dr. Schröder, den Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Heck, sowie viele Abgeordnete des Bundestages und der Landtage und Vertreter der Stadt Worms. Als besondere Gäste hieß Dr. Tillmanns den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. v. Thadden-Trieglaff, und drei maßgebliche Vertreter amerikanischer Religionsgesellschaften, Professor Dr. Hoiberg, Professor Dr. Kenny und Rechtsanwalt Manheimer, willkommen.

Dr. Tillmanns erklärte in seiner Eröffnungsansprache: man könne heute nicht mehr daran vorbeigehen, daß die CDU/CSU eine Realität sei, mit der sich endlich auch ihre Gegner abfinden sollten. Der Tag werde kommen, an dem man nicht mehr versuchen werde, konfessionelle Gegensätze heraufzubeschwören. Auf das Gesamtthema der Tagung eingehend wies Dr. Tillmanns darauf hin, daß die ältere Generation drei tiefgehende Zäsuren erlebt habe, deren Folgen bis heute nicht überwunden seien. Noch niemals sei unser Volk vor so große Aufgaben gestellt worden, die nur aus innerer Kraft bewältigt werden könnten. Das Bekenntnis zum Vaterland

aber dürfe nicht bis auf den Tag verschoben werden, an welchem wieder ein geschlossener deutscher Staat bestehe. Die Bundesrepublik sei zwar ein Provisorium, trotzdem jedoch ein echter Staat, der handeln müsse und Anspruch auf unseren ganzen Einsatz habe. Im Blick auf die Zeit vor zehn Jahren sei es notwendig, sich dankbar vor Augen zu führen, was Gottes Gnade uns wieder gewährt habe. Wir dürften dabei auch die große Hilfe nicht vergessen, die uns von draußen zuteil geworden sei. Heute bestehe wieder die Möglichkeit, innerhalb einer großen politischen Gemeinschaft deutsche Politik zu treiben, die der Entspannung der internationalen Lage und der deutschen Einigung zu dienen habe. Ohne Zweifel lasse sich bereits heute erkennen, daß die Einigung des Westens die Bereitschaft des Ostens zu Verhandlungen gefördert habe. Moskau müsse jedoch von bloßen Worten zu Taten übergehen, um glaubhaft zu werden. Dr. Tillmanns warnte davor, die neugewonnene Position durch voreiliges Plänemachen, durch Erweckung von Mißtrauen im Westen und durch Entwertung der Verhandlungsposition infolge vorzeitiger Zugeständnisse an den Osten zu erschüttern. Abschließend brachte Dr. Tillmanns unter großem Beifall den Dank gegenüber dem Bundeskanzler zum Ausdruck, der durch die Klarheit und Unbeirrbarkeit seiner Politik die Bundesrepublik wieder als souveränen Staat in die Gemeinschaft der freien Völker geführt habe.

Ministerpräsident Altmeier betonte in seinem Grußwort, daß sich Rheinland-Pfalz als das gastgebende Land dieser Tagung immer als Treuhänder Deutschlands im Westen gefühlt habe. Der Name der Christlich-Demokratischen Union sei ein Programm, das aus dem Zusammenbruch von 1945 als Verpflichtung deutscher Männer und Frauen erwachsen sei und unsere letzte Verantwortung kennzeichne.

Brennpunkte der ersten Plenarversammlung waren die beiden Referate von Professor Dr. v.d. Gablentz ("Unser Volks- und Staatsbewußtsein") und Graf v. Baudissin ("Unsere Verteidigungspflicht"). Professor v.d. Gablentz griff zunächst den heute weit verbreiteten Vorbehalt gegenüber der Bundesrepublik an und deutete ihn aus einem alten Mißverständnis des Deutschen hinsichtlich eines angeblich feststehenden Staatsbegriffs. In Wirklichkeit aber sei es umgekehrt: nicht die Politik werde vom Staat abgeleitet, sondern der Staat sei das Ergebnis der Politik. Unser Staatsbewußtsein und damit unser Verhältnis zur Bundesrepublik könne sich also nur an den konkreten politischen Aufgaben entwickeln, die die Gegenwart uns stelle. Nach eingehender Erörterung des Begriffs der Politik, die er letztlich als Kampf um eine gerechte Ordnung definierte, wandte sich v.d. Gablentz einer Analyse der heutigen politischen Kräfte in Deutschland zu. Dabei zeigte er sich gegenüber den traditionellen Werten sehr zurückhaltend. An ihrer Stelle versuchte er andere Begriffe mit neuem politischen Inhalt zu füllen, so z.B. die Begriffe Volk und Vaterland, die nach seinem Dafürhalten geeignet sind, die geschichtlich verdächtig und damit politisch unbrauchbar gewordenen

Begriffe Nation und Staat zu ersetzen. Die CDU/CSU bezeichnete v.d. Gablentz schließlich als die eigentliche Partei des 20. Jahrhunderts und damit als die modernste deutsche Partei. Ihr obliege es in besonderem Maße, neue politische Erkenntnisse in die Wirklichkeit umzusetzen.

Graf v. Baudissin hob in seinem Referat den Willen zur Verteidigung als ein Ergebnis staatsbürgerlicher Verpflichtung schlechthin hervor. Er beantwortete die Frage, ob es für uns etwas Verteidigungswertes gebe, mit der Feststellung: Wer verteidige, schütze die Wirklichkeit. Nur der Angreifer brauche Ideologien. Unsere Wirklichkeit sei eine Ordnung, die uns in Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde leben lasse. Wer verteidigen solle, müsse erkennen, was und wie er verteidige. Die innere Entwicklung der Streitkräfte werde entscheidend von der geistigen und politischen Gesamtentwicklung unseres demokratischen Staatswesens bestimmt. Die ablehnende Haltung eines Teiles unserer Jugend stelle besonders hohe erzieherische Ansprüche an die Vorgesetzten unserer kommenden Streitkräfte. Von einer qualitativen Lösung dieses Problems werde das Gelingen der Verteidigungsaufgabe überhaupt weitgehend abhängen. Als Forderungen stellte Graf v. Baudissin auf: hartes Training, aber in einem neuen militärischen Stil; kein verbürgerlichter Soldat, sondern ein Mensch, der weiß, worum es geht. Die Pflege unveräußerlicher militärischer Erfahrungstatsachen müsse mit dem kühnen Mut zu radikalen Reformen gepaart sein.

Nach der ersten Plenarversammlung traten die drei Arbeitsgruppen der Tagung zur Aussprache zusammen. In der von Professor Dr. Kaufmann geleiteten 1. Arbeitsgruppe unter dem Thema "Unser Volks- und Staatsbewußtsein" war man um eine Diagnose unserer heutigen Situation bemüht: Die Teilung Deutschlands, die kritische Betrachtung und Entmythologisierung der deutschen Geschichte haben bei einer begreiflichen Abneigung gegen jede Pathetik weite Kreise der jungen Generation mit Mißtrauen, zumindest aber mit Gleichgültigkeit gegenüber Werten erfüllt, die über hundert Jahre lang gerade den jungen Menschen selbstverständlich waren. Von der Verantwortung des Christen her, für den das Liebesgebot kein individualistischer, sondern ein gemeinschaftsbildender Auftrag ist, stellt sich hier für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eine besondere Aufgabe. Hier muß die Klarheit des Standortes erst noch erreicht werden, die dem katholischen Mitbürger durch Glauben und Lehre unmittelbar gegeben ist.

Im Verlauf der Aussprache ergaben sich folgende Gesichtspunkte: Nach dem Zusammenbruch des Staates blieb das Volk als Faktum, als lebensmäßige Tatsache. Das Volk ist ein Ergebnis der Schöpfungsordnung, nicht menschlicher Bemühung wie der Staat, und als solches stärker als der nach Grenzen und politischer Struktur wechselnde Staat. Professor v.d. Gablentz legte auch in der Diskussion das Schwergewicht auf nüchterne politische Zielsetzung - Kampf um gerechte

Ordnung, politische und geistige Freiheit, Ausgleich sozialer Spannungen in der Gliederung der Masse, Friedensgemeinschaft aller Völker - und wollte Tradition nur gelten lassen, soweit sie sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bewährt hat. Demgegenüber wurde besonders von Seiten der mittleren und älteren Generation vor einer Unterschätzung der Überlieferung, der Geschichte als Summe der im Laufe der Jahrhunderte angereicherten Werte und Erfahrungen gewarnt.

Vom christlichen Menschenbild her, das jede Verabsolutierung von Volk und Staat ablehnt, führte Professor Kaufmann die Auseinandersetzung zur Synthese. Daß dabei nicht alle Fragen beantwortet und alle Gegensätze ausgeräumt werden konnten, liegt in der Natur der Sache. (Auch das föderalistische Prinzip, das grundsätzlich bejaht wurde, fand hinsichtlich gewisser Tendenzen partikularistischen Denkens eine kritische Beleuchtung.) Im Endergebnis wurde ein handlungsfähiger Protestantismus gefordert, der als Partner aus gleicher christlicher Gesinnung zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit den katholischen Kräften fähig ist.

Zu temperamentvollen Debatten, an denen vor allem auch die Sprecher der jungen Generation beteiligt waren, führte die Frage der Verteidigungspflicht in der 2. A r b e i t s g r u p p e unter der Leitung von Ministerialdirektor Osterloh. Es wurde deutlich: Die Krise des Volks- und Staatsgedankens wird in der ablehnenden Haltung weiter Kreise außerhalb der CDU/CSU gegenüber der Verteidigungspflicht auch zu einer Krise des Wehrgedankens.

Ein besonders aufschlußreiches Gespräch entwickelte sich zwischen Bundesinnenminister Dr. Schröder und einer Anzahl von Diskussionsteilnehmern, zumeist aus den Reihen der Jugend, über den Bundesgrenzschutz. Dr. Schröder ging bereitwillig auf alle kritischen Einwände ein und trug damit zur Klärung vieler Fragen bei.

Wenn im Gesamtbereich des Militärischen sicherlich auch nicht alle Meinungsverschiedenheiten und Bedenken zu beseitigen waren, so hat die Aussprache doch ein gutes Stück weitergeführt und dazu beigetragen, das Vertrauen in ein aufrichtiges Bemühen der verantwortlichen Kreise zu stärken. (Siehe auch S.12 ff. dieser Ausgabe - Die Red.)

Die 3. A r b e i t s g r u p p e mit dem Thema "Unser Auftrag für Gesamtdeutschland" wurde von Staatssekretär Dr. Strauss zu konkreten Ergebnissen geleitet.

Hermann Ehlers hatte einst folgende Entwicklungsstufen gefordert: 1. Souveränität der Bundesrepublik, 2. Sicherung unserer Freiheit, 3. Wiedervereinigung, 4. Einordnung der wiedergewonnenen deutschen Staatsgemeinschaft in eine gesamteuropäische Gemeinschaft. Dr. Strauss konnte feststellen, daß die beiden ersten Forderungen inzwischen verwirklicht und damit auch die politischen Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung im Sinne der beiden letzten Forderungen geschaffen

fen worden sind.

Im Blick auf die Bundesrepublik wurde die Mahnung laut, das ernst zu nehmen, was Gott uns in der neugewonnenen Gemeinschaft als Grundlage unserer geistigen und leiblichen Existenz gegeben hat: "Nur durch die Kraft unserer tätigen Bejahung der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Einheit unseres Vaterlandes erwachsen." Diese Mahnung wandte sich gegen jene Stimmen, die behaupten, keine Vaterlandsliebe aufbringen zu können, weil das Vaterland seine innere und äußere Gesamtgestalt noch nicht wiedergewonnen hat. - Auch diese aktuellen politischen Gedanken münden damit in die Grundforderung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ein, die Hermann Ehlers immer wieder ausgesprochen hat: Tätige Mitarbeit an der Gemeinschaft als Verpflichtung des Christen, auch wenn Menschenwerk letzter Vollkommenheit stets entbehren wird.

Was im Rahmen der Bundesrepublik von innen her geschehen muß, wurde klar herausgearbeitet: Gefordert wurde vor allem eine vorbildliche und für die Bewohner der Sowjetzone überzeugende Staats-, Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Wiederherstellung eines Vaterlandsbewußtseins auf Grund eines geläuterten Bildes von der Geschichte unseres Landes und Volkes wurde als unabdingbar angesehen. Dabei konnte auch an der besonderen Bedeutung unseres Verhältnisses zu den östlichen Völkern nicht vorübergegangen werden. Die 3.Arbeitsgruppe beschäftigte sich schließlich mit der Notwendigkeit und den Möglichkeiten ständiger Fühlung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone und der Hilfe für sie über den Einzelmenschen. Man war der einhelligen Meinung, daß beim Ausbau der Bundesrepublik auch die Erfahrungen von "drüben" berücksichtigt werden müssen. Für den Tag der Wiedervereinigung aber müsse klargestellt sein, daß niemand "entSEDifiziert" und bestraft werde - es sei denn, er habe sich nach unserem Strafrecht schuldig gemacht.

Der Sonntag (8.Mai) vereinte die Tagungsteilnehmer zunächst zu einem gemeinsamen Gottesdienst, dessen Predigt Oberkirchenrat Professor D. Herntrich hielt. Im Anschluß daran setzten die drei Arbeitsgruppen ihre Aussprache fort. In einer zweiten Plenarversammlung wurden die Ergebnisse ihrer Arbeit dann in Berichten der Gruppenleiter zusammengefaßt und in einer Gesamtentschließung niedergelegt (siehe S. 10 f. dieser Ausgabe - Die Red.

Den Abschluß der Tagung bildete eine öffentliche Kundgebung auf dem Marktplatz zu Worms, auf der als erster Bundestagspräsident D.Dr. Gerstenmaier das Wort ergriff. Er erinnerte an die für unser Volk so entscheidenden Daten der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde vor genau zehn Jahren, am 8.Mai 1945, und der Souveränitätserklärung vom 5.Mai dieses Jahres. Ebenso wie einmütige Arbeit im Zeichen einer konsequenten Politik unter der Führung des Bundeskanzlers das westliche Deutschland wiederaufgebaut habe, sei auch für die Zukunft Eintracht

der Gesinnung notwendig, vornehmlich auch die Eintracht der Konfessionen, wie sie sich in der CDU/CSU manifestiere. Nur so habe ein "Rückzug der Deutschen aus der Weltgeschichte", den 1945 ein Gegner Deutschlands voraussagen zu können glaubte, verhindert werden können. Deutschland müsse die neue Epoche nutzen, um seinen Beitrag zu Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden in der Welt zu leisten.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. v. Brentano, überbrachte in der Kundgebung die Grüße Dr. Adenauers, der am gleichen Tage das Anliegen des ganzen deutschen Volkes in Paris vertrat. Dr. v. Brentano unterstrich, daß nach dem Zusammenbruch die CDU/CSU als einzige Gruppe mit neuen Vorstellungen in die Politik eingetreten sei. Es müsse alles getan werden, um auf dem Wege weiterzugehen, den vor fünf Jahren der große Franzose Schuman mit der Verkündung seines Planes beschritten habe.

Bundesinnenminister Dr. Schröder betonte, daß die Deutschen heute nicht mehr das "unpolitische Volk" von einst seien. Sie hätten aus der Vergangenheit die Lehren gezogen. Alles, was wir erstrebten, sei in der Strophe des Deutschlandliedes von "Einigkeit und Recht und Freiheit" zusammengefaßt: Einheit mit den 20 Millionen der Sowjetzone, Gerechtigkeit im Innern und Freiheit auch für die Deutschen, die heute noch in Unfreiheit lebten.

Bundesminister Dr. Tillmanns wies in seiner Schlußansprache auf die furchtbare seelische Vergewaltigung hin, die darin liege, daß die Deutschen in der Sowjetzone gezwungen worden seien, das Datum der Kapitulation durch "Tanz auf allen Straßen" zu feiern. Nur ein Weg führe zur Wiedervereinigung: die Gemeinsamkeit mit den freien Völkern des Westens.

Die Kundgebung, die von dem Landtagsabgeordneten Matthes geleitet wurde, fand ihren Abschluß mit dem gemeinsamen Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes.

Anmerkung der Redaktion: Es ist beabsichtigt, die beiden Hauptreferate der Tagung: "Unser Volks- und Staatsbewußtsein" von Professor Dr. v.d. Gablentz und "Unsere Verteidigungspflicht" von Graf v. Baudissin möglichst weiten Kreisen im vollen Wortlaut zugänglich zu machen. Wir werden unsere Leser über das Erscheinen des geplanten Sonderdruckes zu gegebener Zeit unterrichten.

Im Anschluß an die Gesamtentschließung der Tagung bringen wir in dieser Ausgabe einen besonderen Bericht über die Aussprache der 2.Arbeitsgruppe aus der Feder ihres Leiters, Ministerialdirektor Osterloh. Berichte über die 1. und 3.Arbeitsgruppe von Professor Dr. Kaufmann und Staatssekretär Dr. Strauss kommen in der nächsten Nummer der "Evangelischen Verantwortung" zum Abdruck.

GESAMTENTSCHLIESSUNG

Wir evangelischen Mitglieder der CDU/CSU, die wir aus allen Ländern der Bundesrepublik und aus Berlin zu gemeinsamer Besinnung über unsere Verpflichtung gegenüber Volk und Vaterland in Worms zusammengekommen sind, erklären:

Durch den völligen Zusammenbruch, der vor zehn Jahren nicht ohne eigene Schuld über unser Volk gekommen ist, und durch alle Nöte, die daraus entstanden sind, werden wir gemahnt, das, was Gott uns in der Gemeinschaft unseres Volkes als Grundlage unserer geistigen und leiblichen Existenz gegeben hat, erst recht ernst zu nehmen. Wir stehen in Liebe und Treue zum deutschen Vaterland, gerade, weil es seine innere und äußere Gestalt noch nicht wiedergefunden hat. Nur durch die Kraft unserer tätigen Bejahung der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Einheit unseres Vaterlandes erwachsen.

Die Vollziehung der Pariser Verträge hat einen Abschnitt im Lebensgang des deutschen Volkes beendet. Er führte langsam, aber stetig vom völligen Zusammenbruch über die staatliche Neuordnung durch das Grundgesetz von 1949 zur nunmehr erfolgten Wiederherstellung deutscher Selbstbestimmung.

Dem deutschen Volk innerhalb des Bereiches der sowjetischen Besatzungsmacht blieb es bisher versagt, an diesem Wege teilzunehmen. Die Besetzung dieses deutschen Teilgebietes wurde zu dem Versuch mißbraucht, der Bevölkerung ein ihr wesensfremdes Lebenssystem aufzuzwingen und ihr die freiheitliche und soziale Wertordnung vorzuenthalten, in der sich allein die guten und gesunden Kräfte des deutschen Volkes entfalten können.

Aufgabe und Auftrag des nächsten Abschnittes deutscher Politik bleibt, die noch voneinander getrennten Teile des deutschen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu vereinen. Wir sind uns der Verflochtenheit der politischen Probleme in der ganzen Welt bewußt und damit auch der Tatsache, daß wir die Wiedervereinigung nicht in politischer Vereinzelung herbeiführen können. Für kein Volk ist daher eine allgemeine politische Befriedung in der Welt drängender als für unser Volk. Innerhalb einer solchen Befriedung und auf Grund unseres Rechtes auf Heimat und Selbstbestimmung wollen wir unser gemeinsames staatliches Leben und seine Neuordnung nach den Werten ausrichten, die unserem Wesen und unserer Geschichte entsprechen. Wir gehören der freiheitlichen europäischen und atlantischen Welt an, die mit uns die Verantwortung für den Teil des deutschen Volkes trägt, der auf seine Rückführung in eine Ordnung der Freiheit und Selbstbestimmung harret. Nur in der Verbindung mit den freien Völkern kann das deutsche Volk seine Einheit in Frieden und Freiheit wiedererlangen. Es gibt keinen anderen, dritten Weg.

Dem totalitären System des Kommunismus stellen wir den Auftrag gegenüber, der uns von der Freiheit des christlichen Menschenbildes her erteilt ist und der uns zur Gewährleistung der Freiheit und Würde des Einzelmenschen, zu einer sozial gerechten Ordnung und zu einem friedlichen und brüderlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern verpflichtet.

Alle künftigen Maßnahmen unserer Politik haben unter diesem Auftrag zur Wiedervereinigung zu stehen. Das ist uns aufgegeben aus unserer Verantwortung für den Nächsten und aus unserer Verantwortung für unser Land, seine Vergangenheit und seinen Beitrag zur gemeinsamen europäischen Geschichte. Wir wollen das Bewußtsein für diese Aufgaben bei uns und im Ausland mehren und stärken, unser gegenwärtiges Staatsleben im Hinblick auf den künftigen gemeinsamen Staat ausbauen, die Vorbereitungen für die gesamtstaatliche Ordnung treffen und in der Zwischenzeit alles tun - jeder an seiner Stelle -, um die leibliche und seelische Bedrängnis des von uns noch getrennten deutschen Volksteiles zu erleichtern.

Wir werden vor unserem Volk und unserer Geschichte nur bestehen, wenn wir diesen Forderungen gerecht werden.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Worms, 8. Mai 1955

"UNSERE VERTEIDIGUNGSPFLICHT"

Bericht über die 2. Arbeitsgruppe
von Ministerialdirektor Edo Osterloh

Die 2. Arbeitsgruppe hatte sowohl am ersten wie am zweiten Tage eine hohe Teilnehmerzahl zu verzeichnen. Rund 60 Wortmeldungen kamen in der Aussprache zum Zuge.

Die Diskussion ging zunächst von dem Referat des Grafen v. Baudissin im Plenum aus, konzentrierte sich zeitweilig auf Fragen der Haltung und des Geistes im Bundesgrenzschutz, berücksichtigte die innere Situation der jungen Generation in besonderer Weise und erörterte gegen Ende die den Teilnehmern an die Hand gegebenen "Leitgedanken" als Anhalt für die dann einmütig gefaßte Resolution.

Viele Fragen und Beiträge in der Aussprache machten deutlich, wie stark der Wunsch war, die Reformideen Graf v. Baudissins zu unterstützen und alle nur in militärischer Tradition oder rein konservativen Bestrebungen begründeten Hem-

mungen und Widerstände zu überwinden. Die Verteidigungspflicht als solche wurde nicht in Frage gestellt, vielmehr richtete sich alles Bemühen auf eine klare Erkenntnis und Festlegung der Notwendigkeit, die Entwicklung zur demokratischen Mündigkeit im Sinne freiwilliger Bejahung rechtsstaatlicher Ordnung und sozialer Gerechtigkeit auch zum Maßstab für Ausbildung und Erziehung in den kommenden Streitkräften zu machen. Gewisse Spannungen und z.T. gegensätzliche Meinungen traten dabei nur auf in der Bestimmung des Verhältnisses von Gehorsam und Disziplin einerseits und Freiheit und Menschenwürde andererseits. Der Wortlaut der Resolution (siehe S. 14 dieser Ausgabe - Die Red.) zeigt, daß der Standpunkt vorherrschend war: es dürfe auf keinen Fall alles beim alten bleiben, sondern die Entwicklung zur demokratischen Grundordnung müsse auch entscheidend im inneren Gefüge und in der Dienstgestaltung künftiger Streitkräfte zum Ausdruck kommen.

Das Problem einer gesetzlichen Regelung der im Grundgesetz verfassungsrechtlich tolerierten Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gründen des Gewissens wurde nur am Rande gestreift. Jedoch zeigte sich allgemein die Überzeugung, daß eine prinzipielle Leugnung des Anspruchs der Staatsgewalt auf Dienst und Einsatz des einzelnen Bürgers nicht anerkannt werden könne. Unter Ablehnung vereinzelter Stimmen aus früheren theologischen Verlautbarungen erschien der prinzipielle Pazifismus als unvereinbar mit dem reformatorischen Verständnis des Evangeliums.

Einem besonderen Wunsche nachkommend gab Graf v. Baudissin einen kurzen Einblick in die Pläne für die zukünftige kirchliche Seelsorge innerhalb der Streitkräfte. Voraussichtlich wird etwa jedes Regiment einen Pfarrer haben, der für diesen Sonderdienst - nicht auf Lebenszeit, sondern nur für ca. acht Jahre - aus dem Gemeindedienst seiner Landeskirche herausgelöst werden soll.

In einem außerordentlich freimütigen und teilweise kritischen Gespräch mit dem Bundesminister des Innern, Dr. Schröder, wurde die Frage erörtert, in welchem Umfang und in welchem Sinne die Entwicklung des Bundesgrenzschutzes als befriedigend oder als reformbedürftig anzusehen sei. Diese Debatte, die in der Art und Weise, wie sie geführt wurde, ein - jenseits des Eisernen Vorhangs unvorstellbares - Musterbeispiel der Wahrnehmung demokratischer Freiheit und Verantwortlichkeit war, erbrachte vor allem eine deutliche Herausstellung der besonderen Aufgabe und des sich daraus ergebenden eigenen Charakters des Bundesgrenzschutzes in unübersehbarem Unterschied zu Aufgaben und Eigenart der künftigen Streitkräfte. Eindrucksvoll trat aber auch das Gewicht der praktischen, auch organisatorischen, Schwierigkeiten und Notwendigkeiten gegenüber allen theoretischen Erwägungen zutage. Vornehmlich besteht eine große Schwierigkeit für alle Planungen darin, daß die Zahl geeigneter Persönlichkeiten, denen verant-

wortungsvolle Aufgaben anvertraut werden können, verhältnismäßig klein ist.

Die junge Generation, vor allem der Kreis der Studenten, trat innerhalb der Arbeitsgruppe mit ihren besonderen Anliegen zeitweise stark in den Vordergrund. Es darf als erfreulich vermerkt werden, daß diese Studenten nach einer Sonderberatung in den Abendstunden durch einen Sprecher die Erklärung abgeben ließen: sie beanspruchten in der kommenden "Wehrgesetzgebung" keine Sonderrechte, sondern bejahten uneingeschränkt ihre Solidarität mit der gesamten Nation und allen Ständen und hätten nur den Wunsch, daß in der Praxis der Einberufungen zum Wehrdienst die Situation der Studierenden berücksichtigt werde.

Die der Arbeitsgruppe zu Beginn vorgelegten "Leitgedanken" fanden im großen und ganzen Zustimmung. Sie haben z.T. ihren Niederschlag in der Gesamtentscheidung der Tagung gefunden. Die Arbeitsgruppe hat darüber hinaus dem Plenum noch besondere Thesen zugeleitet, die sich auf die Praxis der Verteidigungspflicht im engeren Sinne beschränken (siehe S. 14 dieser Ausgabe - Die Red.). Aus den "Leitgedanken" seien hier nur die folgenden Formulierungen wiedergegeben, gegen die von keiner Seite Einspruch erhoben worden ist:

I.

Nur durch gemeinsame und vereinigte Verteidigungsbereitschaft können sich die demokratisch geordneten Staatswesen in Freiheit und im Streben nach sozialer Gerechtigkeit gegen die Bedrohung durch den totalitären Imperialismus und die intolerante Ideologie des militanten Kommunismus behaupten. Nur so können wir wirksam an der Schaffung einer gesamtpolitischen Situation mitarbeiten, in der das ganze Deutschland in Frieden geeint seine politische Freiheit zurückzuerhalten vermag.

II.

Der gebotene Gehorsam gegen Recht und Gesetz, die Treue zum eigenen Volk und die sittliche Pflicht verlangen vom Einzelnen, daß er sich der Staatsgewalt im Rahmen ihrer legitimen Vollmacht für notwendige Verteidigungsmaßnahmen wie ihre Vorbereitung zur Verfügung stellt.

D e m o k r a t i s c h e O r d n u n g u n d a l l g e m e i n e W e h r -
p f l i c h t b e d i n g e n s i c h g e g e n s e i t i g .

III.

Unsere Verteidigungspflicht in der modernen politischen Situation erfordert die Berücksichtigung der "Moral der Truppe" in einem umfassenden Sinne. Urteilskraft, Einsicht und Grundhaltung der Verteidiger sind neben ihrer Ausrüstung mit geeigneten Waffen entscheidend für ihre Kampfkraft.

IV.

Selbstbehauptung und Schutz unseres freiheitlichen, demokratischen Staatswesens in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten verlangen von allen Staatsbürgern einen umfassenden Einsatz, der auch unser soziales, wirtschaftliches und kulturelles Leben mitbestimmt.

Der Staat hat von Gott her die Vollmacht und die Pflicht, diesen Einsatz von seinen Bürgern zu fordern.

V.

Für uns evangelische Christen steht die Bejahung unserer Verteidigungspflicht unter dem Gebot der Nächstenliebe. Dieses Gebot begründet und begrenzt unseren Einsatz für Volk und Vaterland und fordert von uns eine nüchterne, aber auch opferbereite Mitarbeit am Aufbau und Schutz unseres Staatswesens zum Wohle aller Deutschen.

ENTSCHLIESSUNG ZUR FRAGE DER VERTEIDIGUNGSPFLICHT

Auf Antrag der 2.Arbeitsgruppe wurde von der Plenarversammlung der Jahrestagung 1955 des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Worms folgende EntschlieÙung zur Frage der Verteidigungspflicht gefaÙt:

1. Unser Staat wird erst dann gesichert sein, wenn im ganzen Volk auch die Verteidigung als Notwendigkeit empfunden wird. Alle Bürger müssen dazu in ihrem Vaterland auch eine sittliche und soziale Aufgabe sehen.
2. Die Verteidigung unserer Freiheiten nach außen verlangt eine sorgfältige Wahrung der menschlichen Würde des Einzelnen. Der Verteidigungswert der Streitkräfte und damit die Sicherung von Recht und Frieden hängen von dem Maße ab, in welchem dem einzelnen Soldaten Freiheit und Verantwortung zugewiesen werden, so daß er den von ihm geforderten Gehorsam persönlich bejahen kann. Die geistigen und technischen Anforderungen an den heutigen Soldaten verlangen Einsicht in die sachlichen Erfordernisse und freiwillige Einordnung.
3. Die Tatsache, daß Teile unserer Jugend die Verteidigungspflicht noch nicht anerkennen, stellt außerordentliche Anforderungen an die menschlichen Qualitäten und das fachliche Können der künftigen Vorgesetzten. Deshalb müssen sie mit großer Sorgfalt ausgewählt und über das rein Fachliche hinaus auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Überstürzungen am Anfang würden zu Schäden führen, die später schwer zu beheben sind.
4. Der Geist unserer Streitkräfte ist Teil und Ausdruck unserer demokratischen Staats- und Lebensordnung. Beide sind unlöslich miteinander verbunden.

AUS PRESSEKOMMENTAREN

STUTTGARTER ZEITUNG: "...Das Thema der Tagung 'Christ und Vaterland' deutete wieder einmal darauf hin, daß die evangelischen Christen in der CDU/CSU noch immer um eine Staats- und Gesellschaftslehre aus evangelischer Sicht ringen.

Was die katholischen Christen nicht nur aus ihrer großen politischen Tradition, sondern auch aus klaren Weisungen der Kirche über das Zusammenleben der Menschen in Staat und Gesellschaft bereits als festes politisches Handwerkszeug aufweisen können, soll nun von evangelischer Seite nachgeholt werden.

Dieses Bestreben, das politische Wollen und Handeln von den Fundamenten des evangelischen Glaubens her zu begründen und zu rechtfertigen, hat zwangsläufig in allen drei Arbeitsgruppen (erste: Unser Volks- und Staatsbewußtsein, zweite: Unsere Verteidigungspflicht, dritte: Unser Auftrag für Gesamtdeutschland) zu Diskussionen geführt, die aus der Praxis des politischen Raumes in die Theorie der theologischen Lehren hinüberwechselten und zuweilen dort versandten. Was dabei als besonders positiv auffiel, war die Unvoreingenommenheit, mit der diskutiert wurde, die 'Unbefangenheit einer neuen Partei', wie es der Berliner Professor v.d. Gablentz in seinem Vortrag zu Beginn der Tagung formulierte.

Zum erstenmal wurde es von einem der Diskussionsredner auf einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises deutlich ausgesprochen: Der politische Protestantismus ist heute eine politische Realität, ein neues Faktum in der Geschichte Deutschlands. Zwar wird man einschränkend sagen müssen, daß sich dieser politische Protestantismus in der CDU/CSU nur einseitig repräsentiere, zumal eine geschlossene Konzeption von evangelischer Seite noch nicht entwickelt wurde; aber man wird der Entwicklung gerecht, wenn man das, was Niemöller, Heinemann und andere vertreten - ihre Namen wurden übrigens in der Diskussion nicht ein einziges Mal erwähnt - nur als eine 'Gegenbewegung' auf den 'legitimen' politischen Protestantismus in der CDU/CSU ansieht. Die Ablehnung einer dogmatischen Festlegung, wie sie von Luther her dem Protestantismus eigen ist, spiegelte sich auch in den Auffassungen wider, die im Zusammenhang mit den Begriffen Volk und Vaterland, schließlich aber zu dem politischen Weg schlechthin geäußert wurden.

Eine sehr entschiedene Haltung trat allerdings überall dort zutage, wo es sich um das Problem der Wiedervereinigung handelte. Bundesminister Tillmanns sagte es in seinem einleitenden Referat: Die Bundesrepublik sei nur ein Provisorium, aber deshalb doch Staat, der handeln und entscheiden und auf den das Volk vertrauen müsse, denn nur dadurch sei die Verwirklichung von Gesamtdeutschland zu erreichen. Das Provisorium der Bundesrepublik wurde stärker als auf anderen Tagungen der CDU/CSU betont: "Aufgabe und Auftrag des nächsten Abschnittes deutscher Politik bleibt, die noch voneinander getrennten Teile des deutschen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu vereinigen." - Diese Feststellung darf nach der ganzen Atmosphäre der Tagung als der Kernsatz der Resolution angesehen werden. Dabei waren sich alle bewußt, daß die Wiedervereinigung 'nicht in politischer Vereinzelnung' herbeigeführt werden könne. So klang die 4. Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in einer Mahnung aus, die sich nicht zuletzt auch an die Gesamtpartei des christlichen Demokraten richtet."

(D. Reissenberger)

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: "...Das Übergewicht der Tagung lag, wie von selbst, bei der Wiedervereinigung, und zwar als praktisch-politische Gegenwartsfrage. Es ist erfreulich zu hören, daß Tagungsteilnehmer das als bedeutenden Gewinn buchten. Letztlich darf man nicht vergessen, daß es sich in Worms um keine öffentliche Veranstaltung gehandelt hat, sondern um eine interne Parteitagung. Deshalb darf auch mit Genugtuung verzeichnet werden, daß Pressevertretern, sonst geübt in der Beobachtung von Parteitags-Paradeveranstaltungen, großzügig Gelegenheit gegeben wurde, einmal einen Eindruck von einer echten, freimütigen Diskussion auch innerhalb der Christlich-Demokratischen Union zu bekommen. (Ein Bild, das sich allerdings in der End-Entscheidung nicht unbedingt widerspiegelte.) Daß freilich diese Arbeitsgruppe solchen Zulauf fand, daß die Teilnehmer so dankbar für das Vermittelte waren, läßt den Schluß zu, die Frage sei für breiteste Schichten außerordentlich brennend und man habe hier offenbar bessere und ausreichendere Antworten erhalten, als sie sonstigen Erklärungen zu entnehmen seien..."

(Eberhard Roterberg)

RHEINISCHER MERKUR: "...Die Wormser Tagung zeigte dem Beobachter einige sehr erfreuliche Aspekte: Wer bislang, von böswilliger Propaganda beeinflusst, der Meinung gewesen sein sollte, daß die Evangelischen innerhalb der CDU ein nur geduldetes Aschenbrödel-dasein fristen, wird einigermaßen überrascht gewesen sein, als er während der ganzen Tagung keinen halben Ton eines Ressentiments und nicht einmal die versteckte Andeutung irgendeiner Klage gegen den katholischen Teil der CDU zu hören bekam; und er wird vermutlich recht erstaunt gewesen sein, dort keine zaghafte Splittergruppe, sondern eine sehr eindrucksvolle Zusammenkunft von fünfhundert Abgeordneten vorzufinden, die vor der Öffentlichkeit nicht als ausgeklammerte Protestanten, sondern mit aller zündenden Kraft einer verantwortlich gebundenen Überzeugung als CDU sprachen, als eine Partei, die für sich in Anspruch nehmen darf, daß sie unmittelbar aus unseren politischen Erfahrungen während des 20. Jahrhunderts gewachsen ist und deshalb auch heute noch über eine gewisse Unbefangenheit des politischen Handelns verfügt..."
(Heinz Beckmann)

POLITISCH-SOZIALE KORRESPONDENZ: "Die Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 6. - 8. Mai in Worms hat zweierlei gezeigt: Die Grundaufgabe, die im Suchen nach einer geistigen Fundierung der evangelischen christlich-demokratischen Politik bestand, um von dortaus zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen, ist zu einem gewissen Abschluß gekommen. Soweit das im evangelischen Bereich überhaupt möglich ist, konnte eine gemeinsame Grundhaltung in betont persönlicher Fühlungnahme gewonnen werden. Sie entspricht zwar nicht der fester gefügten geistigen Ordnung auf katholischer Seite, sie ermöglicht aber doch eine Aktionsfähigkeit nach innen wie nach außen. Zum anderen: Hermann Ehlers wirkt in diesem seinem eigenen Werke mit einer deutlich spürbaren geistigen Präsenz weiter. Es ist das Verdienst seines engen Mitarbeiters und Nachfolgers, Dr. Robert Tillmanns, eines Mannes von besonderer Gabe der geistigen Zusammenfassung und der präzisen Formulierung, daß hier nicht nur Tradition, sondern unmittelbares Fortleben innerhalb eines Auftrages gesichert wurde, dem auch der Bundeskanzler von jeher seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt hat. Wird hier doch an dem Fundament der großen tragenden Mittelpartei weitergearbeitet, an ihrer eigentlichen und im deutschen Leben neuen Wesenheit: an der produktiven Zusammenfassung der politischen Kräfte, soweit sie bewußt aus den beiden konfessionellen Lagern kommen. Es ist kein Zufall, daß gerade an diesem Punkte die politischen Gegenkräfte immer wieder ihren Ansatz suchen..."

Im aktuell Politischen wurde die Mahnung, auch die Bundesrepublik in ihrer Teilgestalt als allein mögliche Voraussetzung für das gesamte Deutschland im Sinne der Vaterlandsliebe ernst zu nehmen, als bitter notwendig empfunden. Es war nicht uninteressant, von Teilnehmern in der Schlußaussprache zu hören, daß diese Art wirklich ernsthafter Durcharbeitung brennender Probleme auch für die Arbeit der Gesamt-CDU vorbildlich sein sollte..."

AUS DEM BRIEF EINER TAGUNGSTEILNEHMERIN

"...Der wesentliche Eindruck von der Tagung in Worms, der sich wohl allen Teilnehmern mitgeteilt hat, war der einer ungewöhnlichen geistigen Lebendigkeit, mit der in der Diskussion der drei Arbeitsgruppen die Problematik der Themen erörtert wurde. Mit großem Freimut trug ein jeder sein Anliegen - sei es in Sorge, sei es in Zustimmung - vor und äußerte seine Meinung mit Ruhe und Bedacht als das Ergebnis reiflichen eigenen Nachdenkens, frei von jeglichem

Doktrinarismus, in engstem Zusammenhang mit dem Leben und aus der Praxis persönlicher Erfahrung. Deutlich trat dabei der Wunsch aller hervor, in gemeinsamer Arbeit die eigene Urteilsbildung zu fördern und Klarheit für das Ziel einer allgemeinen Entschliebung zu gewinnen. Besonders offenkundig kam das wachsende Bedürfnis nach unmittelbarer geistiger Auseinandersetzung auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß, gegenüber den früheren Tagungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Siegen, Hannover und Wuppertal, Worms die bisher stärkste Teilnehmerzahl zu verzeichnen hatte. Daß dabei auch die Jugend einen weit größeren Anteil als früher stellte, war ein überzeugender Beweis für die Aktualität der diskutierten Themen. In ihrer Frische und Unmittelbarkeit wirkten die Meinungen und Urteile gerade der jungen Generation belebend und anregend und trugen zur Schaffung der Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens bei, die diese Tagung kennzeichnete."

Dr. Margarete Odenwald, Bonn

SCHIFF IM FREIEN MEER

Gedanken zur Souveränitätserklärung vom 5. Mai

von Werner v. Lojewski

Die Ratifizierung der Pariser Verträge bildet einen Abschluß, aber auch einen Anfang: Erst jetzt beginnt die eigentliche weltpolitische Bewährungsprobe des deutschen Volkes. In den vergangenen Jahren war die große Bahn unserer Politik vorgezeichnet. Es kam, beladen mit den furchtbaren Hypotheken des verlorenen Krieges, darauf an, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker zurückzuführen. Jeder andere Weg als der einer Zusammenarbeit mit den Westmächten hätte dieses Ziel verfehlt, denn er hätte nur in Auflehnung gegen sie gegangen werden können. Ihr Vertrauen in das deutsche Volk wäre auf diese Weise nicht zu erlangen gewesen.

Künftig bewegt sich das Schiff der Bundesrepublik wieder im freien Meer. Es hat die Möglichkeit, einen eigenen Kurs zu steuern. Das ist der tiefere Sinn der Rückgewinnung der Souveränität. Daher rührt aber auch das im Westen schon wieder aufbrechende Mißtrauen, die Deutschen könnten die gerade erst wiedererlangte Handlungsfreiheit benutzen, um einen anderen Kurs als bisher einzuschlagen. Um so gefährlicher ist es, wenn die SPD, kaum daß die Pariser Verträge ratifiziert sind, deren Beseitigung bzw. Ersetzung fordert und wenn - wie auch bei

der FDP - von "dritten Möglichkeiten" gesprochen wird. Die deutsche Politik hat seit Bethmann-Hollwegs Wort von dem "Fetzen Papier" - bei Ausbruch des ersten Weltkrieges - unter dem Vorwurf gelitten, nicht vertragstreu zu sein, und sie ist namentlich seit den 20er Jahren von dem Mißtrauen überschattet, heimlich fremde Wege zu gehen. Wenn das mühsam seit 1949 errungene große Kapital an Vertrauen nicht aufs Spiel gesetzt werden soll, darf nichts geschehen, was diesen alten Vorwurf und dieses tief verwurzelte Mißtrauen erneut zu rechtfertigen scheint.

Die Aufgaben und die Gefahren der künftigen deutschen Politik sind daher vielfältig und groß. Bisher konnte sich die Bundesrepublik der Antwort auf wesentliche weltpolitische Fragen - etwa nach der Anerkennung Rotchinas oder Nationalchinas - entziehen, indem sie darauf hinwies, daß ihre Außenpolitik formal in den Händen der Hohen Alliierten Kommission liege. Jetzt muß die deutsche Außenpolitik zu Fragen dieser Art nach sorgfältiger Erarbeitung der Tatbestände in eigener Verantwortung Stellung nehmen. Damit gerät sie überall auf dem Erdball - ganz anders als je seit 1949 - in den Strudel weltpolitischer Vorgänge, so fern diese dem Bürger auch zu liegen scheinen. Deshalb ist es nützlich und gut, daß nun auch das Auswärtige Amt einen Minister erhält, der seine Arbeitskraft allen diesen Aufgaben ungeteilt widmen kann.

Aufs Ganze gesehen steht die weltpolitische Lage im Zeichen der Entspannung. Wie weit die Sterne, die hier und da aufschimmern, sich als wahr oder trügerisch erweisen, vermag freilich erst die Zukunft zu sagen. Deutlich wird dabei auf jeden Fall soviel, daß es sowohl dem Osten wie dem Westen um eine globale Bereinigung der stellenweise hochgespannten Atmosphäre zu tun ist. Für Deutschland ergibt sich daraus eine klare Schlußfolgerung, die vielleicht nicht jedem ohne weiteres eingeht und manchen zunächst bitter ankommen mag: Nichts wäre törichter, als von der Annahme auszugehen, die deutsche Frage sei der Archimedische Punkt des Weltgeschehens und die von uns allen mit heißem Herzen erstrebte Wiedervereinigung stehe isoliert im weltpolitischen Raum. Sie kann - nach dem Willen des Ostens wie des Westens - nur im Rahmen einer weltpolitischen Entspannung gesehen werden, und sie läßt sich nur erreichen, indem man versucht, die Interessen sämtlicher Beteiligten auf einen Nenner zu bringen. Die innerdeutsche Diskussion einer Lösung kreist in der Regel viel zu einseitig allein um die Frage, wie die deutschen und die sowjetischen Interessen in Einklang gebracht werden könnten.

Was die sowjetische Politik angeht, so erweckt sie trotz des Strahlenkranzes bereitwilligen Ausgleichs, mit dem sie sich neuerdings umgibt, noch immer den verdächtigen Anschein, daß sie darauf ausgehe, Deutschland aus der Front des Westens herauszubrechen, die westliche Front in Europa überhaupt Punkt für

Punkt aufzuweichen und dabei die Vereinigten Staaten aus Europa herauszudrängen. Den Deutschen werden in diesem Zusammenhang vom Osten verlockende Angebote aller Art gemacht, und es sollte nicht wundernehmen, wenn sie sich noch steigern würden. Demgegenüber gilt es, klaren Kopf zu behalten und sich immer bewußt zu bleiben, daß die Deutschen in der Bundesrepublik auch die Verantwortung für die Deutschen in der Sowjetzone mittragen. Wir begrüßen jederzeit jede Fühlungnahme mit Moskau, insbesondere, wenn sie der deutschen Wiedervereinigung gilt, und wir werden alle Kräfte daransetzen, um solche Fühlungnahmen herbeizuführen und erfolgreich zu gestalten. Aber das kann und darf nicht bedeuten, daß die Bundesrepublik entgegen den Bestimmungen der Pariser Verträge mit Moskau auf eigene Faust verhandelt oder gar die Westmächte vor vollendete Tatsachen stellt. Dann wäre es um unser Ansehen und das Vertrauen des Westens in das deutsche Volk endgültig geschehen. Das will, wie Erich Ollenhauer erklärt hat, auch die SPD nicht. Die Pariser Verträge sehen vielmehr vor, daß die Bundesrepublik Verhandlungen mit der Sowjetunion nur nach Konsultation der Westmächte führen kann, wie umgekehrt die Westmächte über die deutsche Frage nur nach Konsultation der Bundesregierung verhandeln können.

Seit den Verhandlungen von Bundeskanzler Raab in Moskau ist viel von einem Modellfall Österreich die Rede. Dieser "Modellfall" ist eine Spekulation auf das Gemüt und auf kurzschlüssiges Denken. Österreichs Situation ist nicht mit der Lage der Bundesrepublik vergleichbar: Österreich hat 7 Millionen, Deutschland etwa 70 Millionen Bewohner. Österreich ist ein Staat mit einer Regierung, Deutschland ist gespalten und hat zwei Regierungen, von denen allerdings die eine nicht demokratisch legitimiert ist. Auch ist zu bedenken, daß sich bei Verwirklichung der Forderung nach Wiedervereinigung unvermeidlich die Probleme der Oder-Neiße-Linie, der Anerkennung der Regierung Grotewohl und der Volkspolizei stellen. Noch zahlreiche andere Probleme kommen ebenso unabweislich hinzu. Damit wird deutlich, daß Verhandlungen über die Wiedervereinigung höchst mühevoll und langwierig sein werden. Wer das nicht sehen will, könnte unter Umständen schwer enttäuscht werden.

Unabhängig davon ist jedoch in den letzten Tagen etwas Grundlegendes geschehen: Die Sowjetregierung hat sich zu einer Viererkonferenz bereit erklärt, auf der u.a. auch die deutsche Frage behandelt werden soll, obwohl sie zuvor mit großer Lautstärke verkündet hatte, nach Ratifizierung der Pariser Verträge würde sie zum Problem der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr zu sprechen sein. Damit ist die sozialdemokratische These: bei den sowjetischen Ankündigungen handele es sich um unwiderrufliche Entscheidungen des Kreml und deshalb dürften die westlichen Verträge auf keinen Fall in Kraft gesetzt werden, eindeutig

widerlegt. Wenn etwas, dann hat diese sowjetische Bereitschaft bewiesen, daß der bisherige Weg, den die Bundesrepublik gemeinsam mit dem Westen gegangen ist, der richtige war.

WICHTIGER HINWEIS

Der im Auftrage der Hermann-Ehlers-Gesellschaft aus Wochenschauaufnahmen zusammengestellte und mit einem eigens dafür geschriebenen Sprechtext versehene Tonfilm "Hermann Ehlers" hat bei seiner Uraufführung auf unserer Jahrestagung 1955 in Worms großen Anklang gefunden. Obwohl relativ wenig geeignetes Dokumentarmaterial zur Verfügung stand, war sich die Kritik darüber einig, daß hier Persönlichkeit und Wirken des verstorbenen Bundestagspräsidenten und christlichen Politikers noch einmal in eindrucksvoller Weise lebendig werden. Der Film sollte daher möglichst weiten Kreisen, insbesondere allen Parteifreunden, zugänglich gemacht werden.

Schmalfilmkopien (16 mm) dieses Filmes (Laufzeit ca. 18 Min.) können nunmehr zum Preise von je DM 200.-- mit allen Aufführungsrechten - soweit mit einer Vorführung ein geschäftlicher Gewinn nicht verbunden ist - von der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Herwarthstrasse 9 (Ruf: 5 20 92), bezogen werden. Die Lieferzeit beträgt etwa 14 Tage.

- Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet -

Um Übersendung eines Belegexemplares wird gegebenenfalls höflich gebeten.

„Ein außergewöhnliches Buch“

so urteilt die Presse über

Hermann Ehlers †

Um dem Vaterland zu dienen

Reden und Aufsätze

herausgegeben von Regierungsdirektor Friedrich K. Schramm
176 Seiten mit 8 Kunstdruck Bildtafeln, broschiert

nur DM 4.20

VERLAG DR. OTTO SCHMIDT KG
KÖLN



SIEGENER AKT.-GES.

GEISWEID I. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und leichte Kesselschmiedearbeiten

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT

mit beschränkter Haftung

DEUZ (Krs. Siegen i. W.)



3. Ja

GLAU

von

Die
sich
über
Deu
wir
rich

Reda
Verl

widerlegt. Wenn etwas, dann hat diese sowjetische Bereitschaft bewiesen, der bisherige Weg, den die Bundesrepublik gemeinsam mit dem Westen gegangen ist, der richtige war.

WICHTIGER HINWEIS

Der im Auftrage der Hermann-Ehlers-Gesellschaft aus Wochenschauaufnahmen hergestellte und mit einem eigens dafür geschriebenen Sprechtext versehene Tonfilm "Hermann Ehlers" hat bei seiner Uraufführung auf unserer Jahrestagung 1955 in Worms großen Anklang gefunden. Obwohl relativ geeignetes Dokumentarmaterial zur Verfügung stand, war sich die Kritik einig, daß hier Persönlichkeit und Wirken des verstorbenen Bundestagspräsidenten und christlichen Politikers noch einmal in eindrucksvoller Weise lebendig werden. Der Film sollte daher möglichst weiten Kreisen, insbesondere allen Parteifreunden, zugänglich gemacht werden.

Schmalfilmkopien (16 mm) dieses Filmes (Laufzeit ca. 18 Min.) können nunmehr zum Preise von je DM 200.-- mit allen Aufführungsrechten - soweit mit einer Vorführung ein geschäftlicher Gewinn nicht verbunden ist - von der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Herwarthstrasse (Ruf: 5 20 92), bezogen werden. Die Lieferzeit beträgt etwa 14 Tage.

- Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet -

Um Übersendung eines Belegexemplares wird gegebenenfalls höflich gebeten.

„Ein außergewöhnliches Buch“

so urteilt die Presse über

Hermann Ehlers †

Um dem Vaterland zu dienen

Reden und Aufsätze

herausgegeben von Regierungsdirektor Friedrich K. Schramm
176 Seiten mit 8 Kunstdruck Bildtafeln, broschiert

nur DM 4.20



VERLAG DR. OTTO SCHMIDT KG
KÖLN



SIEGENER AKT.-GES.

GEISWEID I. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT

mit beschränkter Haftung

DEUZ (Krs. Siegen i. W.)